

Politik neu denken

– Die Bedeutung von Fortschritt im Jahr 2012

von Matthias Machnig

In Deutschland gab es einen Nachkriegskonsens. Dieser basierte auf folgender Grundüberlegung: Fortschritt bedeutet Wachstum und Wachstum bedeutet bessere Einkommen, bessere Arbeitsbedingungen, ein hohes Maß an sozialer Sicherheit, Nachhaltigkeit und mehr Demokratie. Heute beobachten wir eine zunehmende Erosion dieses Konsens’.

Ungleichheit der Einkommensverteilung

Seit Jahren driften Lohn- und Kapitaleinkommen auseinander. Im Jahr 2011 machten Einkommen aus Gewinnen und Kapital bereits ein Drittel des gesamten Volkseinkommens aus. Der Anteil der Lohneinkommen schwankt hingegen seit 2005 zwischen gut 42 und knapp 44 Prozent, also nur knapp darüber. Bis Ende der 1980er entfiel noch mehr als die Hälfte des Volkseinkommens auf Löhne und Gehälter. Im Vergleich zu Unternehmens- und Vermögenseinkommen liegt der Anteil der Arbeitsentgelte am gesamten Volkseinkommen bei gerade einmal einem Drittel, Tendenz sinkend.

Zu beobachten ist auch ein stärkerer Zuwachs der Markteinkommen auf Menschen mit großen Vermögensanteilen. Während die oberen zehn Prozent im Jahr 1999 noch 28,3 Prozent der Markteinkommen für sich geltend machen konnten, beanspruchten sie im Jahr 2009 ganze 31,7 Prozent. In der unteren Hälfte der Vermögen ging der Anteil hingegen von 18,9 auf 16,3 Prozent zurück.

Begleitet wird dies von einer Ungleichverteilung der Steuerbelastung. Während auf Löhne „normal“ Einkommenssteuern gezahlt werden müssen, liegt die Steuerbelastung der Gewinn- und Kapitaleinkommen im Durchschnitt bei gerade einmal 8,6 Prozent.

Arbeitsmarkt immer tiefer gespalten

Die Entwicklung der Einkommensverteilung spiegelt sich auch in der Situation auf dem Arbeitsmarkt wieder. Obwohl die deutsche Wirtschaft 2010 um satte 3,6 Prozent wuchs und die Wirtschaftskrise überwunden schien, verzeichneten die massiven Beschäftigungszuwächse kein durchweg positives Bild. Zwar entwickelte sich die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung noch stärker als die der Erwerbstätigenzahl insgesamt, nämlich um 1,2 Prozent und im Jahresverlauf sogar um bis zu zwei Prozent. Gleichzeitig waren im März 2011 aber auch mehr als sieben Millionen Menschen in Deutschland geringfügig beschäftigt, fast zwei Drittel davon Frauen. Das sind zwei Prozent mehr als im Jahr zuvor. Nur zwei Drittel der rund 41 Millionen Erwerbstätigen befanden sich Ende 2011 in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, mehr als 900.000 in Leiharbeit. Geringfügig bezahlte Arbeit finden wir dabei zumeist in den typischen „Frauenberufen“. Von den 1,4 Millionen in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelten Langzeitarbeitslosen fanden im Jahr 2011 nur 14,9 Prozent einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Die soziale Marktwirtschaft folgte einmal dem Versprechen: Leistung muss sich lohnen! Dies scheint heute nicht mehr zu gelten. Drei Viertel aller Minijobber verfügen heute über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Wer einen Beruf erlernt hat, kann sich damit längst keinen Job sichern. Vielmehr wird der Einstieg in das Arbeitsleben immer häufiger begleitet von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Im Jahr 2001 hatte jeder dritte neu eingestellte Beschäftigte einen befristeten Arbeitsvertrag, acht Jahre später bereits die Hälfte.

So lässt sich resümieren, dass sich der Arbeitsmarkt trotz starken Wachstums zunehmend spaltet. Je größer die Beschäftigungszuwächse, desto mehr teilt sich die Arbeitsgesellschaft in solche mit Job, ohne und solche mit Sozialversicherungspflicht, solcher in einem Normalarbeitsverhältnis und solcher in befristeten, geringfügig bezahlten Beschäftigungsverhältnissen oder in Zeitarbeit. Außerdem zeigt sich noch immer ein deutliches Bild erschreckender Ungleichbehandlung von Männern und Frauen.

Erosion sozialer Sicherheit

Sowohl die über Jahre verfolgte Politik der Lohnzurückhaltung als auch die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses führen zwangsläufig zu einer Aushöhlung sozialer Sicherheit.

Das deutsche Sozialversicherungssystem ist, trotz enormer Steuerzuschüsse, fast ausschließlich von Beitragszahlungen der Arbeitnehmer abhängig. Dessen Finanzierung ist folglich umso enger mit der Entwicklung der Löhne und Gehälter verknüpft. Je mehr Menschen abhängig sind von staatlichen Transferleistungen, desto weniger bleibt für etwa Kranken-, Pflege- oder Rentenversicherung, desto mehr werden steuerliche Mittel aufgezehrt. Im Bedarfsfall können so Gesundheitsleistungen und Pflegemaßnahmen nicht mehr finanziert werden. Nicht eine Kostenexplosion im Gesundheitssektor, sondern der Wegfall bei den Einnahmen beschert Kranken- und Pflegekassen zunehmende Probleme. Laut Versorgungs-Report 2012 des Wissenschaftlichen Instituts der AOK verursacht auch der demografische Wandel keine Kostenexplosion. Inflationsbereinigt sind die Ausgaben der GKV zwischen 2005 und 2009 um gerade einmal zwei Prozent gestiegen. Das heißt, würden die Löhne mindestens im selben Maße steigen wie die Verbraucherpreise und würden Arbeitnehmer darüber hinaus an den Unternehmensgewinnen beteiligt, gäbe es kein Finanzierungsproblem in der Krankenversicherung.

Geringe Löhne und prekäre Beschäftigung haben auch erhebliche Folgen für die Alterssicherung der Betroffenen. Personen mit lückenhafter Erwerbsbiografie und langen Phasen mit Transferleistungsbezug können im Alter meist nur auf Grundsicherung hoffen. Erhielt ein Rentner im Jahr 1996 noch durchschnittlich 709 Euro im Monat nach Beendigung seines Arbeitslebens, waren es dreizehn Jahre später nur noch 686 Euro monatlich.

Die Folge ist die schwindende Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme, obwohl die Probleme offensichtlich hausgemacht sind. Den größten Finanzierungsanteil tragen die abhängig Beschäftigten, obwohl gerade Arbeitgeber ein großes Interesse an einer gesunden Belegschaft haben sollten. Die paritätische Finanzierung ist mit höheren Arbeitnehmerbeiträgen, Zusatzbeiträgen, Zuzahlungen und privaten Vorsorgeleistungen für Zahnersatz oder die Absicherung im Alter längst aufgegeben. Was einmal solidarisch von allen Einkommensbeziehern getragen wurde, soll jeder Arbeitnehmer nach und nach privat tragen – unabhängig davon, ob der Lohn dies tatsächlich zulässt oder die Privatversicherung später zum Auskommen reichen wird.

Politik ökologisch, ökonomisch und sozial denken

Nachhaltige Politik ist nötig und möglich! Sie muss nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch und sozial gedacht werden. Ökonomie und Ökologie schließen sich nicht per se aus, im Gegenteil. Das Potsdam-Institut für Klimaforschung stellte in einer im Namen des Bundesumweltministeriums erstellten Studie fest, dass eine Verschärfung des Treibhausgasreduktionsziels in der EU für das Jahr 2020 von 20 auf 30 Prozent deutlich positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte anstoßen würde. Demnach stiege das jährliche Wirtschaftswachstum in der Union um 0,6 Prozentpunkte, sodass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2020 um 642 Milliarden Euro (5,8 Prozent) über dem Ba-

sisszenario läge. Gleichzeitig entstünden bis zu sechs Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, die Arbeitslosenquote würde auf 5,5 Prozent gegenüber 7,6 Prozent im Basisszenario sinken.

Eine Energiepolitik, die ökologisch organisiert ist, dennoch Versorgungssicherheit garantiert und bezahlbar bleibt, hätte erhebliche gesamtwirtschaftliche Wachstumseffekte. Laut einer aktuellen Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könnte die Umstellung auf erneuerbare Energien bis zum Jahr 2030 zu einem Zuwachs des BIP in Höhe von 2,9 Prozent führen. Wird der ökologische Umbau begleitet von fachspezifischer Bildung und Ausbildung, stellt die DIW-Studie im Jahr 2030 bis zu 230.000 zusätzliche Beschäftigte in Aussicht.

Allerdings verkennt die Bundesregierung die enormen Potenziale einer nachhaltigen Energiepolitik. Sie nimmt notwendige Reformen nicht in Angriff und verweilt auf einem vor der Atomkatastrophe in Fukushima erstellten Ausbaukonzept. Statt den Ausbau erneuerbarer Energieträger voranzutreiben, streiten sich Wirtschaftsminister und Umweltminister um die Deckelung der Photovoltaik-Förderung und gefährden den Wirtschaftsstandort, vor allem durch ständige Änderungen in der Förderpolitik. Forschung und Entwicklung geraten aus dem Blick der Bundesregierung und mit ihr die Wettbewerbsfähigkeit wichtiger Schlüsselindustrien unseres Landes.

Ursachen der Finanzkrise bestehen nach wie vor

So hilflos, wie die gegenwärtige Bundesregierung in wirtschafts-, arbeitsmarkt- und energiepolitischen Fragen ist, so planlos ist sie auch finanzpolitisch in der anhaltenden Euro-Krise.

Eines hat die Krise deutlich gezeigt: Das Fundament des Euroraums ist mit tiefen Rissen versehen. Unterschiedliche finanz- und wirtschaftspolitische Ansätze der Euroländer passen nicht zur einheitlichen Geldpolitik der Europä-

ischen Zentralbank (EZB). Die Liberalisierung der Finanzmärkte und die divergierenden Außenhandelsbilanzen der EU-Staaten haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass aus der Finanzkrise eine Wirtschaftskrise wurde und aus ihr die Eurokrise.

Trotz starker Konjunktur im Jahr 2011 ist die Wirtschaftskrise noch immer nicht überwunden. Nach kurzer Erholung vom Wachstumseinbruch in den Jahren 2007 bis 2009 sind die Konjunkturaussichten wieder alles andere als rosig. Laut Weltbank wird die Wirtschaft in der Eurozone 2012 um 0,3 Prozent schrumpfen und dann mit geringem Wachstum um die 1,1 Prozent ins folgende Jahr starten. Für Deutschland prognostizierte die Bundesregierung jüngst ein geringes Wachstum um die 0,7 Prozent. Laut der Unternehmensberatung Mc Kinsey droht der Euro-Zone noch für drei Jahre eine Zeit geringen Wachstums oder gar eine Rezession. Nur die Kernländer der EU könnten es schaffen, ohne wirtschaftliche Schrumpfung davonzukommen.

Hinzu kommt, dass die Ursachen der Finanzkrise noch immer nicht beseitigt sind. Kurzfristige Spekulationen bleiben rentabel, wie auch der Handel mit unsicheren Wertpapieren. Die Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten sind auch weiterhin entkoppelt von der Geldpolitik der EZB. Das Diktat der sogenannten „Troika“ aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds soll darüber entscheiden, ob die Griechen auch weiterhin Geld aus dem Euro-Rettungsschirm (ESFS) erhalten, mit wirtschaftsliberalen Reformvorschlägen.

Mittlerweile werden Forderungen laut, nur dann weitere Finanzhilfen zu zahlen, wenn Griechenland vorübergehend nationale Haushaltsrechte an einen europäischen Aufseher abtritt. Zeitweise war sogar die Einsetzung eines EU-Staatskommissars im Gespräch, der ein Vetorecht gegen Budget-Entscheidungen innehaben sollte. So untergraben nicht nur die Finanzmärkte den Handlungsspielraum ganzer Staaten, sondern auch die Euroländer untereinander

versuchen, ihre Dominanz vom Geld abhängig zu machen – von der Rolle der Rating-Agenturen ganz zu schweigen.

Fortschritt ist sozialdemokratisch

Gegenwärtig wird der Mainstream der Politik beherrscht von marktliberalen Positionen, die sich vor allem auf europäischer Ebene festsetzen und unmittelbare Auswirkungen haben auf die wirtschaftlichen und sozialen Ausgangsbedingungen vor Ort. Während die sich im Auflösungsprozess befindliche FDP nur noch ein Schattendasein führt, versucht sich die Union zunehmend mit sozialdemokratischen Ansätzen zu profilieren, sei es etwa beim Thema Mindestlohn, bei der Energiewende, Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt oder der Regulierung der Finanzmärkte. Fortschrittliche Regierungspolitik besteht jedoch nicht in einem Flickenteppich progressiver Reformansätze. Fortschrittliche Politik ist auf Nachhaltigkeit bedacht, mit makroökonomischem Fokus und dem Blick für aktuelle Herausforderungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Fortschrittliche Politik ist sozialdemokratische Politik.

Fortschritt bedeutet Wohlstand

Fortschrittliche Politik ist Lohnpolitik, die dafür Sorge trägt, dass Menschen von ihrer Arbeit nicht nur leben können, sondern die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro in der Stunde ist daher längst überfällig. Er kann aber nur absolute Lohnuntergrenze sein. Selbst mit 8,50 Euro in der Stunde ist die Absicherung im Alter nicht garantiert. Auf eine parlamentarische Anfrage im Mai letzten Jahres gab die Bundesregierung mit zehn Euro in der Stunde den Bruttolohn an, der erforderlich ist, um im Alter nicht von Grundsicherung leben zu müssen. Der CDU-Vorstoß lässt hingegen auch weiterhin Löhne unterhalb von 8,50 Euro zu.

Ein Abbau des Niedriglohnsektors stärkt den Binnenmarkt. Wer am Ende des Monats mehr

Geld in der Tasche hat, kann auch mehr einkaufen, mehr Dienstleistungen in Anspruch nehmen, zahlt mehr in die Sozialversicherung ein und trägt somit zu mehr Wirtschaftswachstum bei. Der Blick in andere EU-Staaten zeigt: Der Mindestlohn ist kein Jobkiller. Er trägt vielmehr dazu bei, dass neue und Existenz sichernde Arbeitsplätze geschaffen werden.

Fortschritt bedeutet mehr Verteilungs- gerechtigkeit

Noch immer ist die Beteiligung an öffentlichen Aufgaben höchst ungerecht verteilt. Personen mit höheren Einkommen oder großen Vermögen tragen – relativ gesehen – weniger zur Finanzierung des Staates bei als die untere Hälfte der Einkommensbezieher. Deshalb muss eine fortschrittliche Lohnpolitik von einer fortschrittlichen Umverteilungspolitik begleitet werden.

Daraus folgen eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen und überhaupt wieder eine Besteuerung großer Vermögen. Daneben muss die Erbschaftssteuer zu einer echten Einnahmequelle reformiert werden. Derzeit befindet sie sich am Rande der Bedeutungslosigkeit, obwohl eine Abgabe auf selbst unverdientes Vermögen nur leisen Protest auslösen dürfte.

Fortschritt bedeutet mehr Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Fortschrittliche Politik ist eine Politik für mehr Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Dazu gehört in erster Linie die Stärkung der Tarifverträge. Dies kann in mehrfacher Hinsicht geschehen. Würde die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen vereinfacht und dieses Instrument stärker zur Anwendung gebracht werden, könnten mehr Beschäftigte von den Vorzügen eines Tarifvertrages profitieren. Hierzu gehört auch, die Mitbestimmung in den Betrieben zu stärken. Diese wird nicht selten durch atypische Beschäftigungsverhältnisse im Betrieb unterlaufen, etwa durch Leiharbeit, Werkverträge oder

geringfügige Beschäftigung. Hier sollten Betriebsräten mehr Mitbestimmungsrechte beim Abschluss derartiger Verträge zukommen. Auch die Tarifeinheit in einem Betrieb, die das Bundesarbeitsgericht jüngst in seiner Rechtsprechung aufgab, muss gesetzlich verankert werden.

Flankiert werden müssen diese Maßnahmen durch eine stärkere Regulierung, etwa der Leiharbeit, oder eine höhere Besteuerung, zum Beispiel bei Mini- und Midi-Jobs sowie bei gezielten arbeitsmarktpolitischen Kriterien hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Aufträge oder bei der Wirtschaftsförderung.

Fortschritt bedeutet Ausbau sozialer Sicherheit

Fortschrittliche Politik befördert ein solidarisches Miteinander. Dazu gehört, die auf Solidarität aufbauenden Sozialversicherungssysteme zu stärken und zu erweitern. Unser Konzept einer solidarischen Bürgerversicherung liegt vor, es muss nur umgesetzt werden. Wichtig ist, alle Einkommensbezieher in das Solidarsystem einzubeziehen.

Menschen, die bisher keine geschlossene Erwerbsbiografie vorweisen können oder eine solche, die gespickt ist mit prekären Beschäftigungen, sind im Alter oft auf Grundsicherung angewiesen. Auch sie sollen einen auskömmlichen Lebensabend erwarten dürfen. Deshalb brauchen wir eine Mindestrente, die das soziokulturelle Existenzminimum garantiert, Teilhabe ermöglicht und zusätzliche Bedarfe im Altersichert.

Unser Fokus muss auf geschlossenen Erwerbsbiografien mit guter Arbeit und Existenzsichernden Löhnen liegen. Seit langem schon steht der Vorschlag einer Arbeitsversicherung im Raum, die die bestehende Arbeitslosenversicherung erweitert. Sie sichert nicht nur den Lebensstandard in Zeiten der Erwerbslosigkeit. Sie soll auch die Beschäftigungsfähigkeit langfristig sichern und lebenslanges Lernen ermöglichen. Dies hilft nicht nur Unternehmen,

ihre Wettbewerbsfähigkeit mit qualifizierten Mitarbeitern weiter auszubauen, sondern hilft auch Personen, die erwerbslos wurden, wieder schneller eine Beschäftigung aufzunehmen.

Fortschritt bedeutet Nachhaltigkeit

Fortschrittliche Politik ist nachhaltige Politik. Sie vertraut nicht blind Marktmechanismen, sondern setzt auf einen ökologischen Umbau der Wirtschaft. Unabdingbar ist eine aktivere ökologische Industriepolitik. Besonderes Augenmerk verdienen dabei folgende sechs Punkte.

Dazu gehört **erstens** die komplette Umstellung auf erneuerbare Energien. Untersuchungen haben gezeigt: Dies ist bis 2050 problemlos möglich. Ungenutzten Spielraum bieten die Photovoltaik und mehr noch die Windenergie, insbesondere in der Onshore-Variante. Wir brauchen Forschung und Entwicklung, um einerseits die Energiewende herbeizuführen, andererseits aber auch, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte zu erhalten.

Zweitens ist eine gezielte Förderung von Effizienzsteigerungen erforderlich. Gezielte Anreizprogramme im Bereich der Gebäudesanierung, im Mobilitätsbereich sowie bei der Optimierung industrieller Produktionsabläufe können hier Ansatzpunkte sein.

Um zu gewährleisten, dass regenerativer Strom von seinen Produktionsstätten an die schwerpunktmäßigen Verbrauchsorte geliefert werden kann, sind **drittens** die Übertragungsnetze auszubauen. Wir benötigen in Deutschland bis Ende des Jahrzehnts mindestens 3.500 km an neuen, leistungsfähigen Übertragungsleitungen, wobei neuen Technologien im Hochvolt- und Gleichspannungsbereich Vorrang zu geben ist.

Außerdem benötigen wir **viertens** die Bereitstellung von Speicherkapazitäten, um zeitweise nicht benötigten Strom aus erneuerbaren Energien aufzufangen und Versorgungslücken in kri-

tischen Zeiten zu schließen. Neuere Ansätze aus Forschung und Entwicklung, wie verschiedenste Batterievarianten und chemische Ansätze, verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit. Bis zu deren Marktreife kann aber auch auf bestehende Konzepte, wie Pump- und Druckluftspeicherkraftwerke zurückgegriffen werden.

Daneben muss **fünftens** die kommunale Ebene stärker auch bei der Energieproduktion eingebunden werden. Bisher verkaufen Stadtwerke zwar jede Kilowattstunde Strom, produzieren aber nur neun Prozent davon selbst. Mit der Hilfe von Energiegenossenschaften kann in kommunalen Strukturen eine bürgernähere, aber auch stabile und günstige Energieproduktion vorangetrieben werden.

Sechstens bedarf die Energiewende einer Einbettung in das internationale Umfeld. Sie macht nur dann Sinn, wenn sie grenzüberschreitend organisiert wird.

Fortschrittliche Politik setzt auf Teilhabe

Fortschrittliche Politik setzt auf demokratische Strukturen. Und sie setzt darauf, dass gewählte Repräsentanten des Volkes die ihnen verliehenen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen können. Sobald dies eingeschränkt ist, wird demokratische Teilhabe zur Makulatur. Die Profiteure der Finanzkrise, die im Übrigen an deren Entstehung nicht unbeteiligt waren, versuchen nun, die Politik der krisengeschüttelten Länder, insbesondere Griechenland, zu kontrollieren und zu steuern. Ratingagenturen treten zunehmend in die Öffentlichkeit, um über ihre Bewertungen oder allein den Drohungen zu diesen Bewertungen gewünschte Reformen in einzelnen Staaten anzustoßen. Die Neutralität ihrer Analysen kann zu Recht in Frage gestellt werden. Parlamente verlieren hingegen zunehmend an Bedeutung. Maßnahmen zur Bewältigung der Eurokrise werden an ihnen bestenfalls noch durchgewunken. So soll das, was wenige in Brüssel verhandeln, im eigenen Land nur noch abgenickt werden.

Dieses Defizit an politischer Teilhabe kann ein demokratischer Rechtsstaat und kann sich auch die Europäische Union auf Dauer nicht leisten. Die Folge wäre ein erheblicher Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die EU, den Euro und damit auch in den gemeinsamen Markt. Die Frage ist auch, welches Demokratieverständnis den handelnden Akteuren innewohnt.

Finanzmärkte sind nicht dazu da, der Realwirtschaft oder der Politik Regeln zu diktieren. Stattdessen bedarf es mehr Regulierung auf den Finanzmärkten. Die Daseinsberechtigung kurzfristiger Spekulationen, intransparenter Wertpapiere und undurchsichtiger Finanzmarktanalysen darf zu Recht hinterfragt werden. Nicht hinterfragt werden sollte hingegen die Finanztransaktionssteuer, wie sie auch die Europäische Kommission im letzten Jahr vorschlug, die Einführung einer europäischen Ratingagentur oder die Harmonisierung der Finanzpolitiken innerhalb des Euroraums, z. B. mithilfe von Eurobonds. Langfristig muss auch darüber nachgedacht werden, europäische Institutionen, wie das Europäische Parlament, zu stärken und die vordergründige Marktorientierung der EU durch eine soziale Komponente zu ergänzen.

Neuer Fortschritt bedeutet Weiterdenken unseres Gesellschaftssystems, nicht nur Flickchen an Problemstellen. Fortschrittliche Politik ist nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Menschen Teilhabe garantiert, sowohl an politischen Entscheidungen als auch an gesellschaftlichen Prozessen. Dafür bedarf es eines kontinuierlichen Diskussionsprozesses über die Zukunft unseres Zusammenlebens und dafür bedarf es eines Politikwechsels – in Deutschland und in der EU. ■

☞ Matthias Machnig ist Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen.